

Die große Koalition ist viel besser als ihr Ruf
Unter der Kiesinger-Regierung wurde die Republik wirtschafts- und sozialpolitisch erneuert

von Oliver Bange

Die Große Koalition der Jahre 1966 bis 1969 war lange Zeit eine von der deutschen Öffentlichkeit und Publizistik „vergessene Regierung“ (so der Titel eines der wenigen Bücher zum Thema aus dem Jahr 1991). Angesichts der jüngsten Entwicklungen in Berlin aus dem Mottenschrank der Republik geholt, avancierte sie über Nacht zur Referenzgröße für die neue, zweite „große“ Koalition. Allein daraus erklären sich schon viele der historischen Ungereimtheiten in der aktuellen öffentlichen Diskussion.

Dabei hat die Vorstellung einer Großen Koalition, einer Allparteien-Regierung gar, eine lange Tradition in der Frühgeschichte der Bundesrepublik – und wurde erst durch Demokratie-Theoretiker in den sechziger Jahren mit dem Stigma der Demokratiegefährdung belegt. Der politische Aufbruch in den elf Ländern der drei Westzonen 1946 mit Allparteien-Regierungen und wurde nach dem Herausdrängen der KPD in großen Koalitionen fortgesetzt. Und auch bei den ersten Bundestagswahlen 1949 sprachen sich die jeweils vier Ministerpräsidenten von CDU und SPD angesichts der Not im Land für die Bildung einer Großen Koalition aus – was dann allerdings von Adenauer unterlaufen wurde. Trotz der nun folgenden rechtsliberalen Kabinette (von 1957 bis 1961 verfügte die Union sogar über eine absolute Mehrheit) blieben die Anhänger einer großen Lösung in ständigem Kontakt. So war die Große Koalition des Spätherbstes 1966 lange vorbereitet und gewollt und eben nicht - wie die derzeitigen Verhandlungen - den Parteispitzen von einem Wahlergebnis aufgezwungen und, glaubt man jüngsten Umfragen, von den Wählern auch gefordert. Damals wünschte sich, so der Bonner Historiker Klaus Hildebrand, die große Regierungspartei nach Entlastung und die große Oppositionspartei Beteiligung.

Auch damals gab es einen Reformstau, der - im Verlauf ganz ähnlich zu den Ereignissen der vergangenen Jahre - durch Rezession, Haushaltsdefizit und eine angeblich einseitige außenpolitische Ausrichtung zur Selbstzerfleischung der größten Regierungspartei führte. Damals war dies die CDU/CSU unter Erhard, in der es allerdings nicht zu einer Abspaltung kam wie bei der SPD in diesem Jahr, als Parteimitglieder in die Linkspartei wechselten. Im

Jahr 1966 kamen die Großkoalitionäre auf etwa 87 Prozent der Stimmen (2005 sind es gut 70 Prozent), im Parlament gab es statt drei veritabler Oppositionsparteien nur eine: die sich in Grabenkämpfen selbst blockierende FDP.

Die in „widernatürlicher Unzucht“ (so Egon Bahr damals an Willy Brandt) zusammengefügte Koalition war mit Diven reich gesegnet. Neben Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und Vize-Kanzler Brandt saßen noch Karl Schiller, Franz Josef Strauß, Herbert Wehner, Gerhard Stoltenberg (um nur einige Schwergewichte zu nennen) am Kabinetttisch; Helmut Schmidt und Rainer Barzel dienten als Fraktionsvorsitzende. Und damals ging es ebenso um die auch heute so viel beschworene Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik. Damals nannte man das freilich noch „deutsche Lebensinteressen“.

Um die angesichts der Vielzahl von Problemen notwendigen, häufig unorthodoxen und unpopulären Gesetze in dieser wahren Löwengrube mehrheitsfähig zu machen, bedurfte es, wie Kiesinger bald resignierend feststellte, schon eines „wandelnden Vermittlungsausschusses“ im Kanzlersessel. Von Richtlinienkompetenz konnte da, wie Helmut Schmidt dem Kanzler nach dessen Klage im kleinen, inoffiziellen Koalitionskreis knallhart beschied, natürlich keine Rede sein. Auch hier dürften die Parallelen auf der Hand liegen.

Die Ergebnisse dieser vielseitigen Moderation von 1966 bis 1969 konnten sich sehen lassen. In der Wirtschafts- und Finanzpolitik gab es eine grundlegende Neuorientierung hin zur – damals schon ganz modern formulierten – „Globalsteuerung“. Das bedeutete systematische Ausweitung der Kreditangebote zur Ankurbelung der Investitionen, Rundum-Kürzungen von Steuervergünstigungen, massive Investitionen im Bildungs- und Forschungsbereich. Um deren Finanzierung langfristig sicherzustellen, wurden die „Gemeinschaftsaufgaben“ von Bund, Länder und Kommunen mit satter parlamentarischer Mehrheit in der Verfassung verankert – und damit genau jener gordische Knoten geschaffen, den sich die Föderalismus-Kommission bislang vergebens zu durchschlagen mühte. Zusätzlich wurden in der „konzertierten Aktion“ auch Verbände und Interessengruppen am politischen Entscheidungsprozeß beteiligt – und damit jene auf Ausgleich von Partikularinteressen fußende „Deutschland-AG“ institutionalisiert, die der Umsetzung der heutigen Reformaufgaben bislang so erfolgreich widerstanden hat.

Im Soziologen-Deutsch hat sich dafür der Euphemismus der „Verhandlungsdemokratie“ etabliert. Auch sozialpolitisch wurden neue und einigermaßen unkonventionelle Wege beschritten. Um der „Bildungskatastrophe“ (auch die gab es also schon einmal) zu begegnen, wurde das Berufsausbildungs- und Förderungsgesetz, kurz Bafög, verabschiedet und die

Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für alle – also auch für Arbeiter – beschlossen. Dann gab es noch die Sache mit den Notstandsgesetzen, gegen die die 68er-Generation Sturm lief und die aus heutiger Sicht, zu Zeiten des al-Qaida-Terrors, ausgesprochen zahm ausfielen. Die Vorbereitung einer neuen Ost- und Deutschpolitik fiel ebenfalls in diese Zeit und bildet bis heute die in der Öffentlichkeit vielleicht verbreitetste Reminiszenz an die erste Große Koalition.

Damals waren es Willy Brandt und seine SPD, die als neue Regierungspartner ihre Chance nutzten, sich als Reformtreiber und die Kraft mit dem größten Zukunftspotential präsentierten und den Menschen das Gefühl gaben, am Beginn einer neuen Zeit zu stehen. Ob dies in den nächsten Jahren – sozusagen unter umgekehrten Vorzeichen – auch der neuen Merkel-Union gelingen wird, muß abgewartet werden. In der alten Großen Koalition der sechziger Jahre sehen die meisten Historiker heute eine angesichts der damaligen außen-, wirtschafts- und innenpolitischen Krisen zwar befristete, aber gelungene Bewährungsprobe der west-deutschen Demokratie. Dieses Beurteilung muß sich die neue große Koalition erst noch verdienen.